

Ein Kapitel von den Steuern.

Kulturgeschichtliche Skizze von Doktor Schwedel.

Es ist bestimmt im hohen Rath, Daß man von Allem, was man hat, Giebt Steuern!

also hat wehmüthig ein Dichter unserer Tage gelungen. Doch wehmüthig fährt der zeitgenössische Barde dann fort:

„Du bist und triffst ein Gläslein Wein, — Du rauchst in deinem Kämmerlein, — So erlaube: Es heßt der Staat der deiner Thür Und ist und triffst und rauchst mit dir Gemeinlich!“

Gewiß, — schwer sind die Lasten unserer Tage; — wer fühlte sie nicht? Indeß, es hat doch Jeter gegeben, — inwobendreist aber hat es erfindliche Köpfe gegeben, deren Talent, neue „Steuer-Objekte“ anzupflücken, leidet die Staats- wirthschaft des 19. Jahrhunderts noch arg bedrückt. Von diesen Meistern der Steuerfährde möchten wir heut' ein wenig fabulieren.

Man nennt noch heute in Paris gewisse Ert, deren regelmäßige Benutzung dem Erbesohne unerlässlich ist, „Vespasiansnes“, Warum? — Der römische Kaiser Vespasian (69—79 n. Chr.) hatte auch sie bereits als „Steuer- Objekt“ in's Auge gefaßt; er führte eine „Kloakensteuer“ ein; der Dichter Juvenal rief ihm daher spöttlich zu:

„Wohnen Geld nicht gut, — Gebühren's auch immer komme!“

ja, Vespasian selbst soll diese Worte seinem Sohne Titus gegenüber gebraucht haben, als letzterer die etwas eigen- thümliche Steuer tabelte. Ein noch höheres Finanz-Genie aber war der byzantinische Kaiser Michael der Populagener. Als er einer neuen Steuer bedurft, erbot er eine solche thatsächlich unter dem Namen der Vespasianer, d. h. er legte eine Abgabe an die zum Aufschließen nöthige Last auf auf das bloß: Dreyen.

Nicht minder eifrig ist in der Belastung der Steuer- kraft des Volkes zu sehn das christliche Mittelalter. Es tritt uns während desselben eine gar seltsame Logik zum Deuteren entgegen. Man fahrlässig folgendermaßen:

„Aus der Welt zu schaffen sind gewisse läudliche Dinge doch nicht.“ Das gab selbst die Kirche zu. „Also be- steuern wir sie, damit aus Bösen Gutes komme.“

Dadurch erklärt es sich z. B., daß die Stadtbürgerlichen den Mädchen in den „Frauenhäusern“ eine oft sehr hart drückende Steuer aufliegen. Als die Kirche ferner ein- sehen mußte, daß all' ihre Verordnungen gegen die „Freun- dinnen“ der hohen und der niederen Geistlichkeit wirkungs- los verblieben, da gelastete sie schließlich das Zusammen- leben der Weiblichen mit Frauen; aber — sie erhob eine Steuer dafür. Inhabereit ließen sich die weltlichen Grund- herren das ihnen hier und dort zulebende „jus primae noctis“ ablösen; — in vielen Fällen mochte ihnen ja auch wenig daran liegen, es thatsächlich auszuüben. Die hier- für erhobene Abgabe führte in Deutschland den Namen des „Schützenthalers“, des „Stredgroßens“ oder des „Zunglerpennings“. Eine schonendere Steuer läßt sich wohl nicht erdenken.

Die glänzendsten Finanz-Genie's aber erzeugte doch erst das absolute Frankreich unter dem „Sonnenkönige“ Lud- wig XIV. Dem Könige gehörte schließlich Alles, was die Unterthanen besaßen, und es war also eine fast götter- gleiche Gnade von ihm, wenn er den Nießbrauch seiner Güter seinen Knechten zu billigen Zinsen überließ! Es war demnach System in der Sache. So lag es denn nicht fern, wenn diese, jedes wahren Uebels entleerte, schmerzweckende Zeit beauptete:

„Die Unterthanen besitzen auch ihre geistige Kräfte vom Könige!“ —

— sei es, daß sein göttergleiches Bild den Cit- tern in seliger Stille vorgezeichnet, — sei es, daß kein Sonnenzahn die schlummernden Anlagen der Natur wohl- geküßt hat. Eine Steuer also auf das Talent und das Genie! Sie muß, — sie wird enorme Summen bringen! Wer wird für einen Dummkopf gelten wollen!“ — Wir wissen nicht, wer dies Projekt dem großen Colbert vorgetragen hat. Der große Finanzminister aber soll dem ingenieusen Manne geantwortet haben:

„Wortreich erdacht! Dafür sollen Sie von dieser Steuer frei sein!“

Ungefähr um dieselbe Zeit entwarf in England der be- rühmte Satiriker Jonathan Swift die folgenden Steuer- pläne; —

„Dem Lande muß geklopft werden. Gut: Fangen wir die Sache praktisch an. Bestimmen wir als Steuer:

Für jede Lüge, über Nachrede und Verleumdung nur 1 Penny. Der Ertrag wird ein ungeheurer sein; wir dürfen daher ohne Sorge die Damen bei ihren Kaffe- und Thee- Gesellschaften steuerfrei

flaschen, lügen und verleunden lassen. Jeder Rauch und jeder Schluck soll fortan mit 6 Sols belevuert werden. Das würde indessen der geringe Mann, der des Rauchens gewohnt ist, zu Grunde gehen; — lassen wir ihm also 40 bis 50 Schilling täglich frei! Unfehlbarkeit aber sei in jedem Falle mit zwei Schillingen belevuert!“ — Eine feilsche Satire auf „merry old England!“ Krüpfte sie aber nicht auf uns noch zu? —

Man weiß, wie verhängnißvoll das Beispiel des fran- zösischen „Sonnenkönigs“ auf die deutschen Duodez-Prinzen- taten eingewirkt hat. Die Finanz-Projekte des wirtzen- berger Hofjungen, „Siß“, verlangen eine eingehendere Be- sprechung; noch viel verabscheuerwürdiger als sie aber war jener „Salzseller“, welchen der stuchbeladene Land-

graf Friedrich II. von Hessen-Kassel, der Verkäufer seiner Landesfinder nach Amerika, von seinen Unterthanen erbot, um seine Freundsinnen zu unterhalten. „Es ist das Glück der Unterthanen, wenn ihr Fürst sich amüßet!“ Die Sühne für diesen gottlosen Grundzack ist dem Hause Hessen frei- lich nicht erspart geblieben.

Das Angeführte liegt geschichtlich fest. Eine Summe ist es dagegen wohl nicht, wenn erzählt wird, es habe ein- mal ein deutscher Fürst befohlen, daß jeder seiner Unter- thanen quartaliter — lazieren solle. Wer das thun wollte, der hatte aus den fürstlichen Apotheken sich gegen Geld ein Purgier-Mittel und einen Ausweis-Schein zu lösen; — wer sich indessen gegen eine solche Reinigung sträubte, der hatte für noch schweres Geld einen „Saxien-Verleungs- Zettel“ zu erkaufen.

Man sieht: das Geld liegt auch für den sündigen Steuer- mann auf der Straße.

Nun aber zu vernünftigeren Steuern, die uns nach- ahmenswerth erscheinen auch noch für unsere Tage!

König Friedrich I. von Preußen war gewiß nicht gerade ein guter Volkswirth; aber er war doch immer ein Herr, der sein Volk nicht drücken, geschweige denn auskugeln wollte. Als er eine Kopfsteuer — sie ist schließlich nichts anderes als Kaiser Michaels des Papplagener's Kopfsteuer, d. h. sie ist eben nur eine Steuer für das bloße Vorhandensein des Individuums — ausführen, zeichnete er sich selbst mit 4000 Thalern jährlich ein. Eine Tagelöhnerfrau hatte 4 Silbergroschen jährlich zu entrichten. Wir möchten dieser Steuer indessen ebensoviele das Wort reden wie der Jungfern-Steuer, welche die unermühten Frauen zu entrichten hatten; — es liegt ja nicht in der Selbst- bestimmung des Menschen, geboren zu werden oder unter die Haube zu kommen. Sehr verhängnißvoll erscheinen uns dagegen jene Zugzwänge, welche der alte Paubogen, der Feldmarschall Hans Albrecht, von Barfuß, als leitender Minister in Preußen einführte, um die Veere der Kaiserin Königin Friedrichs I. zu befestigen. Für die Damen eskand die hiesige Kriegsman Barfuß die Fongangen-Steuer: die Schönen hatten fortan einen Zoll für das Tragen und die Höhe ihrer Paraphir zu entrichten. Nicht minder gerechtfertigt war auch die Perücken-Steuer, welche vielen wallenden Kopfschmuck, falls er aus der Fremde bezogen war, mit 25, — falls er einheimischer Herkunft war, mit 3 pft. seines Wertes belevuert. Nur die Kontrolle machte Schwierigkeiten; es konnte wohl vorkommen, daß die Be- amten des französischen Perücken-Zulpesters Elis Pagus de Lavourdange selbst einem Ehrennamme die Perücke auf offener Straße abriffen, um nachzusehen, ob auch der Siegelackstempel in ihrem Innern nicht fehlte. Später wurde die Perückensteuer in folgender Weise klassifizirt: Es zahlten für diesen überhaften Schmuck ihres Hauptes die Standespersonen bis zum General-Major herab jähr- lich 2/3, Thaler, Beamte und Offiziere bis zum Major 2 Thaler, bis zum Sekretär 1 Thaler, Würger, Kaufleute, Kammerdiener 20 Groschen, Weilen und geringe Leute 10 Silbergroschen. Unerschwinglich war also, selbst bei der größeren Höhe des Schwertes, diese Steuer auf die Eitelkeit nicht. —

Seeben richtet sich unser Bild über den Schreitbüch- zer Straße hin. Lautlos fliegt auf Gummirollern ein eleganter Wagen vorüber. Ja, — hatte denn der alte Barfuß, der Held der Türkenkriege, wirklich so Unrecht mit seiner „Karosiftensteuer“? — Wir glauben nicht! Nun wohl: es zieht ein Frühlingshauch durch's deutsche Land. Mäße er hinweglegen, was von Steuern sich vor der Vernunft nicht halten läßt. Verstandesdäcke ist's, neue, gerechtere Steuern aufzufinden!

Bretzfelder Landtag.

Abgeordnetenhaus. (Schluß.)

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung weist Abg. Sattler darauf hin, daß es unrichtig ist, wenn in verschiedenen finanziellen Fonds, z. B. in dem Staatsaltären Kapitalienfonds preussische Anleihen aufgeführt werden; die Einzahlung erfolgt dabei lediglich von einer Staatskasse an die andere.

Finanzminister Scholz: Ich kann das Vorhandensein solcher paraten Fonds durchaus nicht als etwas Unwirtschaftliches betrachten.

Abg. Franke: Es ist meiner Auffassung, daß wir bei der Umwegung der neuen Provinz die Fonds mitkommen haben. Die Aufrechterhaltung dieser Fonds kam damals 1866 als eine notwendige erdlichen sein; der Landtag hat hierüber Bescheid nicht ausdrücklich zugestimmt. Wir parate Fonds hat die Regierung den Zweck der Generalausgabe von 30 Millionen Mark und die Staatsanleihen, welche sie aus- geben darf bis zu derselben Höhe.

Der Etat der allgemeinen Finanz-Verwaltung wird ge- nehmigt.

Wenn Etat des Bureau's des Staatsministeriums führt Abg. Graf Bepf (st.) darüber Klage, daß die jungen Leute, welche in den Staatsdienst eintreten, in ihrem Fortkommen dadurch beeinträchtigt werden, daß die Zeit des einjährigen Dienstes nicht auf die Dienstzeit angerechnet wird. Jetzt ist der einjährige Dienst nicht mehr so leicht, daß die Einjährigen sich noch wissenschaftlich so betheiligen können, daß sie einen Nutzen für ihre Vorbereitung zum Staatsdienst daraus ziehen können. Wer dem Vaterlande seinen Dienst ableistet, wird dadurch mit zwei oder mehr Jahren hinter denen zurückgestellt, welche mit ihm gleichzeitig dienst, aber nicht zu dienen brauchen.

Abg. Niderst: Ich habe gestern schon gefragt, aus welchen Fonds die baaren Subventionen gezahlt werden, welche einzelnen Blättern zufließen. Der Minister Graf Eulenburg hat 1874 das Gesetz gemacht, daß aus dem Dispositionsfonds des Staatsministeriums einzelne Blätter unterstützt werden. Ueber die Verwendung des Befehlensfonds haben die Minister bisher jede Auskunft verweigert; ob die Regierung auch jetzt noch diese ablehnende Stellung einnimmt, weiß ich nicht. Sollte das der Fall sein, dann müßte es notwendig sein, diesen Fonds wegzunehmen und den Etat lauten zu lassen, damit er der Kontrolle unterliegt. Die dritte Frage ist die:

erhalten jetzt noch einzelne Korrespondenten aus den einzelnen Ministerien Nachrichten zur beliebigen Verwertung bei Zeitungen?

Minister Servitius: In der ersten Lesung bezeichnete Herr Niderst die Kreisblätter und das literarische Bureau als die Träger der Parteiberückung. Da das literarische Bureau fasslich der Leitung des Ministeriums des Innern unterstellt ist und die Kreisblätter ebenfalls zu diesem Ministerium ge- hören, ist es nicht möglich, ihm zu antworten. Die Kreislä- derer sind Herr Niderst, die gegen die Kreislä- derer überschreiten nicht nur die Grenzen des mir anvertrauten Ressorts, sondern sie richten sich gegen eine angelegliche Pro- pagation, für welche weder das Staatsministerium noch ein einzelnes Ressort verantwortlich ist; es ist ein Phänomen, welches nur in der Kammer der Herren besteht. In der Schilber- ung der unangenehm Einflüsse der offiziellen Presse hat es sich mit den Redewendungen begnügt, mit welchen man beäunige, was man nicht nachweisen kann, als notwendig, als allgemein bekannt bezeichnet. In der Spitze der offiziellen Presse mar- schieren die Vorbestimmten Allgemeine Zeitung, dann werden von dieser freistehenden Presse noch eine Reihe anderer Blätter ge- nannt. Glauben Sie wirklich, daß auch nur ein dies oder jenes bezeichnete Blätter auch nur einen Vermittlung zwischen dem Staat und der Presse besteht? (Seitertel.) Es wird jeder Artikel, welcher die Opposition nicht gefällt, als offizios bezeichnet. Die Regierung will ihrerseits sich nur des Staatsangehörigen bedienen, aber der Oppositionspresse möglichst freie Bahn lassen und nicht einmal die Bestimmungen der Straf- gelege auf sie anwenden. Die Staatsregierung erkennt an, daß sie sich im wesentlichen des Staatsangehörigen bedienen muß; sie erkennt ferner an, daß sie nicht mit den Waffen sich verbeidigen darf, mit welchen sie angegriffen wird; sie muß sich jeder Verleumdung von Personen enthalten. Aber innerhalb dieser Grenzen und mit dieser Behörde kann die Staatsregierung nicht darauf verzichten, auch ihrerseits in der Presse, ihre An- sichten vertreten zu lassen, irrgen Ansichten richtig zu stellen; sie kann nicht ihre Hand davon ziehen, daß die Staatsmacht der Presse lediglich in den Dienst der Opposition gestellt wird. Ich habe mich innerhalb dieser Grenzen gehalten und bin bereit, alles zu betreiben, was in Verbindung mit dem Ministerium des Innern gemacht werden kann. Ich erwarte, daß mich ein Ar- tikel vorerzählt wird, der mit dem Ministerium des Innern in Beziehung steht, auf den das Post, was Herr Niderst von dieser offi- ziosen Presse getagt hat. Der Bericht der Kreisblätter scheint Herrn Niderst nicht ganz klar zu sein. Die Zahl dieser Blätter beträgt nahezu 600; reichlich ein Drittel davon hat gar keinen politischen Charakter. Die übrigen haben einen politischen Inhalt, dafür sind nur die Redaktionen, nicht die Sandstöße, die die Organe des Kreises, nicht die Staatsregierung verantwortlich. Diese Kreislä- derer haben allerdings in ihrer großen Mehrzahl eine regerungs- freundliche Haltung; es ist ja selbstverständlich, daß die Blätter, welche von der Regierung in Verbindung stehen, eine gewisse Be- weisung durch die amtlichen Charaktere des Ansehens und Verbreitung des Blattes erhält wird, wenn durch Zugänglich- machung regierungsfreundlicher Korrespondenzen diese Blätter unterstützt werden, so ist das ein vollständig zulässiges Mittel. Der Vorredner hat den Wertend damit in Verbindung gebracht und hat Fragen an die Regierung gerichtet, auf welche er, wie er weiß, keine Antwort erhält. Wenn durch das Ge- setz jede Rechnungslegung über die Verwendung des Fonds ge- schlossen ist, und der Vorredner sich nicht wundern, daß ich dem Namen der Regierung ein Eingehen auf diese Frage ablehnen muß. Ich verahre mich aber darüber, daß aus der Ablehnung dieser Antwort keine Frage besteht oder bereinigt beantwortet ist. Zur Aufhebung der Behlagnahme des Vermögens des Königs Georg ist die Regierung die Initiative zugreifen nicht geneigt. Ich bin geneigt, den Wunsch zu theilen, daß in der gesamten Presse die Schranken, welche sich anständig Men- schen bei aller Meinungsverschiedenheit einander gegenüber auf- erlegen, beachten werden. Aber da müssen auch die Blätter welche Herrn Niderst nahelegen, mea culpa laagen. Der Wunsch des Herrn Niderst wird am sichersten in Erfüllung gehen, wenn auch von seiner Seite der Ehrlichkeits hinzugeben wird, befein wir uns, dann wirds besser werden. (Zustimmung rechts.)

Abg. Windthorst: Die Wirkung der offiziellen Presse hat sich ganz in der Weise bemerkbar gemacht, was Herr Niderst geschilbert. Nicht bloß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, sondern auch eine ganze Reihe anderer Blätter hat sich in den Diensten der Regierung geübt. Der Minister sagt, das kann nicht beivieuen werden. Es giebt ja gewisse Dinge, die gehen gehalten werden; der Beweis ist hier an der Unmöglichkeit der Presse. Aber hier bedarf es keines Beweises. Wir sind die Blätter, welche den Ministerium zufließen, zu vergleichen: Die demnächstigen Blätter, die hiesigen Blätter, die Blätter in Berlin und Köln, der nicht die Heberstimmung, welche nur durch eine Centralstelle herbeigeführt werden kann. Ich kann dem Herrn Minister nur sagen, daß ich daran glaube, daß es eine solche Presse gab, vielleicht auch noch jetzt. (Zu- ruf rechts: Absolut!) Ich bin überzeugt, daß auch Sie vollständig den Glauben mit mir theilen; aber Sie wollen nur Verleumdungen. (Widerbruch rechts; Zustimmung links.) Wir müssen offen mit der Sprache heraus, das verlangt das Volk von uns, sonst sind wir laule Weibchen und haben hier nichts mehr zu thun. Die Rede des Ministers hat mit abso- lutem Gehör die Stellung des Ministeriums des Innern unternommen. Aber das Ministerium des Innern ist ja gar nicht hauptsächlich beauftragt. Was der Minister derselben Er- klärungen abgeben in Bezug auf die Kammer des früheren Reichs- tages? Sie richtig! (links.) Die geistige Erklärung des Ministeriums Reichstages hat gewiß die Freilassung des Innern kam Alles wieder verbessern. Ich bin nicht zweifelhaft darüber, daß der „Reichsbanner“ allein nicht ausreichen wird; die Regie- rung muß auch sonst in der Presse vertreten sein; aber man muß wissen, daß diese Organe werden im Namen der Regie- rung, die Regierung muß dafür die Verantwortung übernehmen, damit nicht falsche Schärfer sich in den Schaffal der Regierung einschleichen (Seitertel.) Wir sind ja keine Gegner der Regie- rung; wir wollen sie unterstützen; aber dazu gehört, daß sie klar sagt, was sie will. Es war eine Verleumdung für mich, daß der Ministerpräsident das gemeint habe Vorgehen einzulassen. Meine Verleumdung ist durch die Erklärung des Ministers Servitius herabgestimmt. Ich hoffe, daß eine Erklärung kommt, wenn nicht durch Worte, doch durch Thaten. Die Kreisblätter sind immer noch den Wahlen erörtert, weil diese Blätter bei den Wahlen eine hervorragende Rolle spielen. Ich habe nicht die Meinung, daß die Regierung bei den Wahlen mit verhängenen Armen zuseht; sie darf nur nicht unangenehme Mittel gebrauchen, z. B. die Verleumdung der Beamten von ihrer Haltung bei den Wahlen abhängig zu machen. Bei der Auswahl der Blätter muß dafür geachtet werden, daß nicht die Auswähl selbst bemitt, daß man eine solche Presse haben will, was wir sie jetzt in den letzten Jahren gehabt haben. Die amt- lichen Anzeigebblätter sollten von allen politischen Tendenzen frei bleiben, für politische Zwecke sollten besondere Organe ein- gerichtet werden, nicht aber Blätter, welche weder zu halten ge- wohnt sind. In solchen Blättern, die ich schon mehrmals häufig Angriffe gegen meine Person enthielt. Ich kann diese Angriffe nicht immer zurückweisen, dazu müßte ich Prozesse anhängen und ich habe Bedenken zu thun. Man müßte dann auch gleich diese Blätter anfragen und dazu brauchen man ein

Erzherzöge. 16. April. In geheimer Stadterordnung Sitzung wurde der bisherige Beigeordnete Herr Decker in Rastenburg einstimmig zum Bürgermeister dieser Stadt gewählt.

Verban. 16. April. Im Sonntag in den Abendstunden hat sich hier eine Wölfin im Waldgebiet, am Witten gebüchelt, wobei es unterhalb mit wenig Regen, kläglich, kalte der Wind bei dem zweiten heftigen Schlag in das Haus der Wwe. Wagner an der Erntermauer ein, ohne zu zünden. Am Schornstein, denselben fast beschädigt, hieb überab, und der Wind ließ den Rauch durch die beiden Enden des oberen und unteren Schornsteins, beschädigte die Dächer und nahm feinen Rauch an Fundamente des Hauses, dessen ausnehmend schrecklich. Wie durch ein Wunder hind die drei kleinen Kinder des Schieferdeckers H., welche gerade allein in der unteren Stube waren, unversehrt geblieben.

Universitäts-Nachrichten.

- **Leipzig.** 16. April. Einer der vielseitigsten Gelehrten, der auch als ausgezeichnete Dichter schon wohl bekannte Gedichte, ferner Sonettensammlungen an der Universität und als Schriftsteller Gottschalk Dr. Gottfried Schmidt in Leipzig, ferner am Sonntag seinen achtzigsten Geburtstag.
- **Würzburg.** 16. April. Der Chemiker der hiesigen Universität, Professor Schwarzenberg, ist in Wein gestorben.

Aus der Reichshauptstadt.

Ein eigenhämischer Unfall ereignete sich vorgeraten Mittags in der Marienstraße. Als dort ein hochbetagener Rentner in eine Dürschasse einsteigen wollte, kam die Ladung ins Schwanken, glitt theilweise nach dem Hinterbein des Wagens und drückte dadurch auf dieselbe mit solcher Gewalt, daß das Fuhrwerk sich hoch emporhob, und die beiden Räder an den aufwärtsgehenden Durschassen in der Luft bringen. Der stürzende Wagen heu und suchte die Thiere, die in Gefahr waren sich zu frangulieren, aus ihrer bedrohlichen Lage zu befreien. Hierbei aber trafen sie, in ihrer Angst wie kaltes Eis sich schlagend, den Kutscher so unglücklich in das Gesicht, daß der Herr nicht loszukommen vermochte. Nicht nur der Kutscher, sondern es einem Verletzten, der bedrohlich war, um hilflose Hand zu leisten. Von Verwundung das eine der Räder den linken Fuß, so daß der Rentner in seiner eigenen Dürschasse nach der nächsten Sanitätswehr gebracht werden mußte. Ebenbürtig brachte man auch den Wagensführer, der sich beim Verwundeten, und dessen Ober- und Untertheil schwer beschädigt waren. Inzwischen waren die Räder losgekoppelt worden, der Wagen aber war nicht emporzurücken, seine Straß mußte vielmehr auf ein anderes Fuhrwerk umgeladen werden.

1000 Gulden Besorgung. Die L. F. Volksdirektion von Wien hat der hiesigen Kriminalpolizei mitgeteilt, daß auf Wiedererlangung des am 8. oder 9. April 68. Jz. aus dem Seeres-Museum des Admirals zu Wien gestohlenen Marichalstabes des Grafen Wabersky oder auf Ergreifung des Täters von dem Kriminalkommissar ein Besorgung von 1000 Gulden ausgesetzt.

In erscheinender Weise nimmt die Habsburg und Sündelucht in gewissen Kreisen der Bevölkerung zu. Auch gestern wieder wird ein Fall der Brutalität gemeldet, der wohl mit dem Tode eines hiesigen Soldaten, der in der Wärsche am vorletzigen Sonntag verstorben die beiden, bei dem hiesigen Sch. am Rathhause-Damm angefallenen Kutscher H. und J. einer geringfügigen Ursache wegen, als sie mit ihren Fuhrwerken die Schenkstraße passierten, in Streit, der bald in Schlägerei ausbrach. — Ein hiesiger die beiden Kutscher mit Weibchen auf einander los, dann aber hiesig B. Wärsche von seinem Gehört herab und eine Schere auf dem Wagen liegende Schweiß ergießend, eile er auf seinen Gegner zu und ließ die Schere des Justizmannes auf seinen Kopf niederfallen, so daß der Betroffene mit gelpaltenen Schweiß lautes vom Wagen herumschrien. Der Täter wurde sofort festgenommen, wurde aber nicht verhaftet und steht nunmehr seiner hiesigen recht strengen Verurteilung entgegen.

Bemerktes.

— Für Statistiker. Daß im „Raming“ alle drei Spieler nach Verwendung des Spieles gleichviel Augen zählen, ist ein Fall, der in der Geschichte des Statistiks zu den unwahrscheinlichsten Seitenbeispielen gehören dürfte. Vorgehen hat er sich erst bei einer solchen Statistike im Restaurant „Raming“ bei der Gasse gegenüber der des Spieles, das am 18. Februar 68. Jz. im „Stat.“ die Karten lesen folgendenmaßen: Die Vordam. hatte: Carreau Rube, Treff 10, Treff 7, Carreau 10, Carreau 8, Rique 10, Rique-Rösig, Coeur-Rösig, Dame und 9. In der zweiten Hand waren verteilt: Rique-Rösig, Rube, 9 und 8, Treff-Rösig und 8, Coeur-Rube, 9, 8 und 7, Treff-dritte, Carreau-Rube, Treff 10, Treff 7, Treff 10, Treff 10, Treff-Rube, Carreau-Rösig. Wie die Karte seien, wird hoffentlich Jeder unserer Leser in der Zeit selbst herausfinden können.

Späte Besorgung. Am 12. Januar 1868 Fremdes das hiesige Schiff „Aurora“ an der Küste von New-York, 200 Meilen von New-York, wurde damals mittels eines von Joseph Francis erfindenen Rettungsbootes gerettet. Der Erfinder erhielt die großartigsten Anerkennungen Seitens der meisten auswärtigen Nationen, nur in Amerika gedachte man seiner nicht, bis ihm am 12. April d. J. im Alter von 90 Jahren vom Präsidenten auf Verleht des Kongresses die wertvollste Denkmünze überreicht wurde, welche jemals verliehen worden ist. Die Denkmünze ist von gelbem Gold und misst vier Zoll im Durchmesser. Auf der Vorderseite befindet sich das Bildnis Francis' und auf der Rückseite ist die Rettung der „Aurora“ dargestellt.

Landesamt Halle a. S., Meldung vom 15. April.

Aufgehoben: Der Premier-Beizehn im Magdeburg. Jäger-Battalion Nr. 4 (Hauptmann Franz Hübner von Schöber), Kommandant E. E. und Johanne Gise Frede Müller, Lausitzerstraße 12. — Der Werkmeister Julius Ottomar Albert, Merseburgerstraße 30 und Emilie Marie Helene Dierich, Merseburgerstraße 17. — Der Reichsheimlich Friedrich Franz Bahr, Schmiedestraße 5 und Wilhelmine Friederike Henriette Barthelemy, Schloßstraße 4. — Der Bahnarbeiter Hermann Friedrich Koch, Wendenplan 10 und Marie Julie Boethel, Wochhäuser 9. — Der Maurer Friedrich Wilhelm Friedrich, Thomastischstraße 3 und Marie Anna Winter, an Steinhof 51. — Der Maurer Emil Louis Holz, Darg 44 und Marie Emilie Bertha Klentze, Magdeburgerstraße 24. — Der Brauer Friedrich Ernst Schuber, Rathhausgasse 24 und Julie Karoline Anna Dreher, Döberlstraße 10. — Der Gattmeister Hermann Friedr. Wiltz, Stegemann und Johanne Amalie Adelheid Wiltz, Kellerei. — Der Landarzt Franz Friedr. Karl Ebert, Halle und Christiane Friederike Otto, Wochhäuser 9. — Der Landwirth Theodor Wilhelm Adolf Grotzenbach, Bergen und Wilhelmine Marie Kestrowski, Berlin. — Der Zeichen- und Steinhauer Eduard

Leopold Wilhelm Karl Ludwig, Köhler und Herrliche Dorothee Auguste Kunze, Obdieleben. — Der Handarbeiter Gottfr. Christian Albert Gauenradt und Wilhelmine Hense, Giebichenstein.

Cherchleistungen: Der Pastor Gustav Friedrich Emil Dammhauer, Paulsenstein und Bertha Dammhauer, Giebichenstraße 33. — Der Schlosser Johann Ferdinand Blümel, Thurmstraße 26 und Marie Negrod, Kellergasse 8.

Geboren: Dem Hoboist August Holzhaus 1 S. Willy Richard, Groß-Meierei 2. — Dem Baumtischler Bernhard Schmidt 1 S. Julie Margarethe, Dammhauerstraße 3. — Dem geve. Hofomotbeder Konrad Wilmfene 1 S. Rudolfine Johanne Wally, Ullandstr. 4. — Dem Eisenarbeiter Ernst Schüle 1 S. Auguste Frieda Wola, Thomastischstraße 1. — Dem Conditor Wilhelm Kohnick 1 S. Marie Clara Charlotte, Bernauerstraße 6. — 1 mehr. S. — 1 mehr. Z. **Gestorben:** Des Schlossers Otto Berger S. Ludwig Erdmann Paul 21 S. Jungferstraße 21. — Des Schmiedes Karl Reitzgerber S. Ida 15 S. Thomastischhaus. — Der Tischler Franz Josef Ludwig 3 S. Kellerei. — Der Müller Friedrich Karl Otto Kämmler 29 S. Wochhäuser 5. — Des Schriftstellers Theodor Bernhardt S. Johanneborn, Tautenstr. 11b. — Der Bekr. emer. Friedrich Theodor Michael 76 S. Steinweg 27b. — Die Wittwe Maria Theresie Kleinmann geb. Herold 70 S. Wochhäuser 5. — 1 mehr. S. — 1 mehr. Z.

Wichtige Nachrichten und Telegramme.

Halle, 16. April. Die „National-liberale Correspondenz“ schreibt über die Rede des Herrn von Caprivi:

Der neue preussische Ministerpräsident, Reichskanzler von Caprivi, hat heute im Abgeordnetenhaus vor Eintritt in die Tagesordnung in einer Ansprache die Abgeordneten begrüßt und seine Auffassung von den Beziehungen des Ministerpräsidenten sowohl zu den Ministern als auch zu der Volksvertretung dargelegt. Dem neuen leitenden Staatsmann ist ebenso wie seinem Vorgänger die schärfste Beweise Gabe verliehen, seine Gedanken auf einen kurzen Ausdruck zu bringen, auch seine Vortragsweise ist eine mündlich sichere, offene, was beides von vornherein dazu beitrug, die Disposition der Hörer ihm günstig zu gestalten. Ein eigentliches Regierungsprogramm zu entwerfen, ersieht man dem neuen Ministerpräsidenten „an sich fragwürdig“, jedenfalls für den Augenblick unmöglich, da er selbst mit der Materie der preussischen Gesetzgebung und Verordnungsbedürfnisse noch so gut wie gar nicht vertraut sei. Eine solche Programmumgebung war denn auch, wenn überhaupt, so doch von Niemandem jetzt gleich erwartet worden; und nach der neuesten Erklärung des Ministerpräsidenten wird auf allen Seiten die Meinung vorzuhanden sein, die Initiative der einzelnen Ressorts abzuwarten, denen Herr v. Caprivi einen größeren Spielraum zugeht, als sie ihm bisher bilden konnten, wie er allgemein sich willig zeigt, die alte Collegial-Verfassung in Preußen zu ihrem vollen Rechte gelangen zu lassen und deren Interessen selbst mit Eifer wahrzunehmen. Trägt er nach dieser Seite hin das Seine dazu bei, vorhandene Thatsachen zu weiden und so fördern, so ist ein gleiches Vorgehen nach der Seite der Volksvertretung hin ausgesprochenen Mafsen vorhanden; er vertritt das Gute zu nehmen, von wo und von wem es geboten wird; insbesondere wünscht er auch durch die Pflege persönlicher Beziehungen zu den Abgeordneten der sachlichen Erledigung der Geschäfte förderlich zu sein. Der letzte Befehl, der alle diese Erklärungen begleitete, gab Kunde von dem allgemein im Hause vorherrschenden Wunsch, durch freundlichen persönlichen Verkehr die Erledigung der parlamentarischen Geschäfte gegen Überwachungen sicher zu stellen, die Ueberacht über die Geschäftslage im Hause zu wahren und jede, in der Sache nicht begründete Form des Meinungsstreites fernzuhalten. Der Ministerpräsident bezeichnet es als einen Vortheil, den er für sich selbst gewinnen möchte, wenn er in vollkommener, collegialer Beziehung zu seinen Mitarbeitern und im guten persönlichen Verkehr zum Parlament einen Theil der förderlichen Kraft für die Landesangelegenheiten stellen könnte, welche denselben aus der Fülle der Erfahrungen und aus der staatsmännischen Ursprünglichkeit des Fürsten Bismarck ohne Weiteres zugewendet worden war. Man konnte heute leicht den sicheren Eindruck einer übereinstimmenden Meinung des ganzen Hauses gewinnen, daß eine solche Pflege der Geschäfte auch dem Parlamente nur von großem Vortheile sein und dessen Ansehen neuerdings heben und bestärken werde. Die Befriedigung, welche diesem Ausblick in die Zukunft entzünden dürfte, erhebt um so mehr begründet, als die Erklärungen des Herrn v. Caprivi, weit entfernt, nur faciem do parler zu sein, vielmehr in einer Kritik der Vergangenheit wurzelt, als dessen Resultat er seine Auffassung von dem künftig Erforderlichen auch darbricht. In die Mitte dieser kritischen Betrachtung stellt er zwei Thatsachen. Einmal ist es die hervorragende Mitwirkung des Fürsten Bismarck an der Aufrichtung des einheitlichen Bundes, unter dessen einem Dache wir wohnen und dauernd wohnen wollen — die Mittelpunkt dieses Bundes zu verfallen, eine „neue Aera“ in Preußen zu begründen, liegt nicht im Sinne des Nachfolgers des Fürsten.

Sodann betont er die historische Nothwendigkeit eines gegen Wind und Wetter widerstandsfähigen Preußen-Deutschland, — das Bestreben des Fürsten Bismarck ist der Reichs- und Staatsleitung nunmehr verloren gegangen, es erheben zu wollen, nimmt Herr von Caprivi in seiner Weise für sich in Anspruch, wohl aber begründet er es als eine Fügung der Vorsehung, daß die Bedeutung des jungen Kaisers für die in- und ausländischen Entwicklungen inwieweit voll erkennbar geworden sei und sich Geltung verschafft habe. Auf die Anerkennung dieser Thatsachen legt das preussische Volk und seiner Vertreter baut er selbst seine Zukunftsbefürchtungen und Erwartungen auf, und insofern ist es der Entgegenkommener einer sehr großen Mehrzahl im preussischen Landtage unbedingt sicher. Der zum Schlusse folgende Ausruf an alle überzeugten Anhänger der monarchischen Ordnung

in Preußen und der nationalen Idee im Reiche ist ebenso der lebhaftesten Wiederhalls im Volk sicher, wie er im Abgeordnetenhaus mit allseitigem Beifall vernommen wurde. Seiner historisch-politischen Erwägung der Vergangenheit fügt Herr von Caprivi eine Beobachtung hinzu, die auszusprechen ihm um so mehr zukommt, als er selbst bezeugen kann, eine Reihe von Jahren mit dem Fürsten Bismarck zusammen zu arbeiten, die auszusprechen auch geboten erschien, um den freundlichen persönlichen Beziehungen gegenüber der Volksvertretung allseits feste Wurzeln lassen zu lassen. Er erklärt es aus der „genialen Kraft, dem eisernen Willen und der tiefen Vaterlandsliebe seines großen Vorgängers“, daß in der Zeit seiner Amtsführung sich mancherlei Gedanken und Wünsche zündeten, die nunmehr der Prüfung nochmals unterzogen werden mögen, ob sie durchführbar und dem Staatswohl zuträglich sind. Wir verstehen diesen Hinweis als eine Erinnerung zur Initiative und zu positiven Anregungen, die nicht nur an die Ressorts, die hauptsächlich auch an die schaffend befähigten Kreise der Volksvertretung ergehen sollte, und die ebenfalls die beruhigende Zuversicht gewährt, daß es dem Reich und Staat auch in Wind und Wetter nicht an gutem gemeinsamen Willen und einheitlicher Volkskraft fehlen wird, um schwierige Zeiten zu überdauern.

Berlin, 16. April. Wie dem „Deutsch. Tgl.“ gemeldet wird, beginnt Fürst Bismarck sich in sein otium cum dignitate einzuleben und trifft bereits alle Vorbereitungen um die Ausarbeitung seiner Lebenserinnerungen zu beginnen. Es ist wohl zu erwarten, daß dieselben besonders infaltrich und bedeutungsvoll ausfallen werden, und daß manche Epäse der europäischen Entwicklung dadurch erst in das richtige Licht gerückt werden wird. Die Hilfsarbeiter für diese Ausarbeitung hat Fürst Bismarck sich bereits nach Friedr. Schlegel kommen lassen. Der eine ist der bisherige Militärarzt von Professor Schweininger, der die Rolle eines Leibarztes schon wiederholt vertrat und dabei das Vertrauen des vormaligen Reichskanzlers gewann. Der zweite soll ein jugendlicher Privatgelehrter aus Hamburg sein und zwar aus den Kreisen, die dem vormaligen Reichskanzler durch mehrjährigen persönlichen Verkehr nahe stehen.

Wilhelmshaven, 16. April. Der Großherzog von Oldenburg wird morgen hier erwartet, um dem Kaiserlich „Oldenburg“ einen Besuch abzustatten.

Wien, 16. April. Allen, anderen „bedrückten“ Meinungen gegenüber, kann ich aus das Bestimmteste mittheilen, daß der Reichs-Kaiser Wilhelm am persönlich Hofe im Laufe dieses Monats nicht mehr stattfinden wird.

Petersburg, 16. April. Bisher ist die Meldung des rumänischen Botschafters, „Graf Fürst Konstantin Konstantinowitsch“ sei wegen eines von ihm versprochenen revolutionären Inhalts verhaftet worden, unwidersprochen geblieben. Man kann daher zweifelhaft sein, ob in dem Schmeißer der russischen Blätter über diese Angelegenheit eine Festhaltung gesehen werden darf oder aber, ob die russische Presse das Geschick für zu eitel hält, als daß es einer Beachtung werth wäre. Der Großfürst ist ein Bekter des Jars. Er hat in Russland bereits vor Jahren viel von sich sprechen gemacht. Er steht im 32. Lebensjahre und ist mit einer Altburgischen Prinzessin vermählt. Im verflochtenen Jahre wurde er vom Jaren an Stelle des verstorbenen Ministers des Innern, Tolstoi, zum Präsidenten der Petersburger Akademie der Wissenschaften ernannt, welche Ernennung allgemeinen Aufsehen in Russland erregte. Im Jahre 1866 wurde der Name des Großfürsten Konstantin weiteren Kreisen in Russland bekannt; damals erschien nämlich unter der Chiffre „K. K.“ (Konstantin Romanow) die erste Sammlung seiner Gedichte, in welchen sich tiefe Empfindung und eine für einen Großfürsten ungewöhnliche Wärme für die Leiden des Volkes offenbaren. Obwohl das Buch nicht für den allgemeinen Verkehr bestimmt war — die Drucklegung desselben geschah durch die Staatsdruckerei — wurde es rasch dem Publikum durch die Kritik bekannt. Besonders Aufsehen erregte das keine Gedicht „Gestorben“, in welchem Großfürst Konstantin die Leiden eines armen Soldaten schildert, der fern von seiner Heimath, in der Fremde stirbt. In einem anderen Gedichte lag der großfürstliche Poet, er wolle nicht darauf stolz sein, daß in seinen Adern Zarenblut fliehe, sondern seinem Volke durch seine Nieder mützig sein. Seit 1866 veröffentlicht Großfürst Konstantin Gedichte in einigen konservativen russischen Zeitungen (Moskauer „Wiedomosti“, „Nowoje Wremja“) und im verflochtenen Jahre sind zwei Bände seiner Gedichte erschienen, deren Ertrag für ein Wohlthätigkeits-Institut bestimmt war.

Redactionelle Redactionen für Politik und Journalisten: K. Koenigler für Lokales und den übrigen redactionellen Theil: D. Trolle.

Wetterbericht des Halle'schen Tageblattes.

Vorausichtiges Wetter für den 18. April 1860.

Bei mäßigen Nordostwinde, veränderliches warmes, zeitweise noch zu Niederschlägen neigendes Wetter.

Stb.	Barom. nach mm.	Thermometer nach Celsius/Kölnn.	Feuchtigkeit nach %.	Wind.	Wetter.
16/4.	8 Uhr 789.0	+15.0 +12.0	80	N. O.	Wetterl.
17/4.	7 Uhr 788.0	+ 9.0 + 7.2	96	N. O.	bedeck.
	12 Uhr 788.0	+16.3 +18.0	55	N. O.	wolkig.

Die Temperatur in Celsiusgraden war in nachbenannten Städten folgende: Caparanda - 3, Petersburg - 11, Wien + 6, Berlin + 6, Hamburg + 6, Chemnitz + 9, München + 8, Wien + 6, Seilly + 10, Valencia + 7.



